

Die „F. d. L.“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit dem Unterhaltungsbeilagen „Kreuz Welt“ und „Der Jugend-Beilage“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abholung ins Haus monatlich 21.— M. in den Monatsheften, in voraus zahlbar. Für Postgebühren, sowie sämtliche Posthaltungen einschließlich des Abdruckes, unter Streifenhand desogen für Deutschland, Litauen, das Saar- und Memelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete, Ostpreußen und Vorpommern 26.— M., für das übrige Ausland 72.— M.

Die Jahrgangspostens-Kassenscheine über deren Kauf kostet 2.— M. einschließlich Postgebühren. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wert 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Große Anzeigen, das ist gedruckt Wert 4.50 M., jedes weitere Wort 3.00 M., einschließlich Postgebühren. Das ist gedruckt Wert 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Sprechsprecher: Zentrum 152 30—152 38

FR E I H E I T

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Lösung der ägyptischen Frage

England für Aufhebung des Protektorats

Das Foreign Office veröffentlichte gestern eine Erklärung, in der es heißt, die britische Regierung habe sich bereit erklärt, das Parlament aufzufordern, das Protektorat über Ägypten zu beenden, Ägypten als souveränen Staat anzuerkennen und der Bildung eines ägyptischen Parlaments sowie der Wiedererrichtung eines ägyptischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten zuzustimmen, sobald folgende Bedingungen erfüllt seien, die sie als unbedingt notwendig für die Interessen Ägyptens und des britischen Reiches ansehe:

Die britische Regierung muß volle und wirksame Garantien haben, erstens, daß die Reichsverbindungswege gesichert sind, zweitens, daß Großbritannien das Recht und die Macht zum Schutz der ausländischen Gemeinschaften in Ägypten behält, und drittens, daß Ägypten gegen jede unbedingte oder unmittelbare Einmischung oder gegen einen Angriff von außerhalb geschützt wird.

Sobald ein Abkommen, das diese Bedingungen erfüllt, zwischen der ägyptischen Regierung und der britischen Regierung entworfen sei werde die letztgenannte nicht zögern, das Parlament zu ersuchen, ein solches Übereinkommen zu genehmigen. Der Oberkommissar in Ägypten, General Allenby, ist nach London berufen worden, um der britischen Regierung über die Lage zu berichten.

Blättermeldungen zufolge wird Großbritannien in der ägyptischen Kanalzone eine Besatzungstruppe unterhalten. Dem Unterhaus, das nächste Woche zusammentritt, soll ein Weißbuch über die ägyptische Frage unterbreitet werden. In amtlichen Kreisen wird betont, daß dem Parlament in einer Frage von solcher Bedeutung die Verantwortung überlassen werden müsse.

Der Erklärung des englischen Auswärtigen Amtes über die eventuelle Aufhebung des Protektorats über Ägypten kommt eine außerordentliche Bedeutung zu. Aus dieser Erklärung geht hervor, daß England sich anschießt, nach der Beilegung der irischen Krise auch den Konflikt mit Ägypten zu liquidieren, der sich in den letzten Monaten immer mehr verschärft hat. Die revolutionäre Bewegung in Ägypten, an deren Spitze die Nationalisten stehen, hat bekanntlich zu heftigen Repressalien und zu einer Reihe militärischer Maßnahmen der englischen Regierung geführt. Nun scheinen die maßgebenden Stellen in London eingesehen zu haben, daß sie mit militärischen Mitteln den Konflikt mit dem ägyptischen Volke nicht aus der Welt zu schaffen vermögen. Sie suchen deshalb durch eine Reihe von Konzessionen die Selbständigkeitsbewegung der ägyptischen Nationalisten zu beschwichtigen, allerdings unter der Voraussetzung, daß es ihnen gelingen würde, ernste Garantien für die weltpolitischen und strategischen Interessen Großbritanniens in Ägypten durchzusetzen.

Die Reparationsfrage

Eine Rede von Asquith — Dubois über die deutschen Vorschläge — Protest der italienischen Industriellen

Asquith erklärte in einer Rede, seiner Ansicht nach müsse im gemeinsamen Interesse der voneinander abhängigen Nationen der Welt eine sehr große Herabsetzung des Betrages der Forderungen erfolgen, die an die früheren Feinde gestellt werden. Desgleichen sei eine völlige Streichung der Schulden zwischen den europäischen Alliierten und Wiederherstellung der offenen Märkte und freien Beziehungen zwischen allen Ländern der Welt notwendig.

„Deure“ berichtet, der Vertreter Frankreichs im Reparationsauschuss, Dubois, habe gestern nachmittags Poincaré von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung angesichts der deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage Mitteilung gemacht und von ihm Ratsschlüsse, wenn nicht gar Direktiven verlangt. Der Vorsitzende des Wiederherstellungsausschusses glaube, daß die Entscheidungen, die von ihm und seinen Kollegen verlangt werden, ihre Autorität übersteigen und daß die Regierungen selbst sie treffen müssen. Das lege ein Einverständnis zwischen Frankreich und England voraus. Aber angesichts der Verhandlungen über den Sicherheitspakt und die Orientfrage müsse man sich an den Ausspruch Lord Greys in Edinburgh erinnern, daß das Vertrauen zwischen der französischen und britischen Regierung noch niemals dem Jahre 1904 so gering gewesen sei wie in diesem Augenblick.

Die gegenwärtig in Rom tagende Generalversammlung des italienischen Industriellenverbandes übermittelte der Regierung eine Entschlieung, in der darauf hingewiesen wird, daß die von der italienischen Staatsregierung in Deutschland gemachten Bestellungen, die auf das Konto der

Reparationszahlungen ausgeführt werden sollen für die italienische Industrie eine schwere Schädigung bedeuten. Es würde nützlich sein, aus Deutschland Rohstoffe einzuführen, z. B. Kohle, Düngemittel und Pottasche, Produkte, die in Italien fehlen und die von der italienischen Industrie zu Fertigprodukten verarbeitet werden könnten.

Genua

Antwort der Schwedischen Regierung

Die schwedische Regierung hat die Einladung Italiens zu der Konferenz in Genua mit einer Note beantwortet, in der es u. a. heißt: „Durch seinen Beitritt zum Völkerbund und durch die Tätigkeit, die es darin entfaltet, hat Schweden bereits sein lebhaftes Interesse für die Aufgabe deutlich bewiesen, die ganz besonders dieser Gesellschaft obliegt, nämlich darauf hinzuwirken, einen Frieden auf gesunder Grundlage aufzubauen. Die schwedische Regierung glaubt deswegen, die an sie gerichtete Einladung anzunehmen zu müssen. Sie tut dies in der Erwartung und in der Hoffnung, daß die Beteiligung an der Konferenz in Genua so allgemein sein wird, daß sie es ermöglicht, endlich in einem Geiste des gegenseitigen guten Willens und durch ein gemeinsames Vorgehen das dringende Werk zur Gesundung Europas zu beginnen.“

Die Haltung Amerikas

Ministerpräsident Poincaré wird Montag den amerikanischen Botschafter in London, Oberst Harson, empfangen. Nach der Agence Havas versichert man in amerikanischen Kreisen, diese Unterredung könne eine besondere Bedeutung haben und die Haltung der französischen und der amerikanischen Regierung in bezug auf die Konferenz von Genua beeinflussen.

Lenin kommt nach Genua

Das Zentralkomitee beschloß in seiner Sitzung vom 27. Januar, daß Lenin als Vorsitzender der russischen Delegation an der Konferenz von Genua teilnehmen soll. Zu seinem Stellvertreter wurde Michailski bestimmt, zu weiteren Mitgliedern der Delegation: Krasin, Litwinow, Morosow, Joffe, Schlapnikow, Katowski, Sapronow, Rudjupat und Marianow.

Von der Washingtoner Konferenz

Die „Agence Havas“ meldet aus Washington: Der Hauptzweck, den sich die Konferenz gesetzt hat, wird erreicht sein, wenn die beiden folgenden Punkte geregelt sind. 1. Artikel 19 der Flottenabkommens über die Befestigung der Inseln im Stillen Ozean, über die man immer noch die Antwort von Tokio erwartet; die Mitteilungen der japanischen Delegation wurden durch eine Kabelstörung verzögert; 2. die Frage von Schantung, in der schon verschiedene Einzelabkommen getroffen wurden. Präsident Harding stellt gegenwärtig keine Vermittlung zur Verfügung, um von der chinesischen Delegation die endgültige Annahme zu erlangen. Man ist im allgemeinen der Ansicht, daß noch einige Tage zur Regelung dieser beiden Punkte notwendig sein werden. Der französische Wortlaut ist fertiggestellt mit Ausnahme des Artikels 19.

Bergarbeiterkonferenz im Ruhrrevier

Der Bergarbeiter-Verband hielt am Sonntag im Parkhaus eine Delegierten- und Betriebsrätekonferenz des Ruhrreviers ab, in der die steigende Teuerung und das Verhalten der Unternehmer bei Tarifverhandlungen und gegenüber den Betriebsräten besprochen wurden. Die Unternehmer sabotieren das Betriebsrätegesetz und versuchen, die Tarifverhandlungen zu verschleppen. Es wurde eine Entschlieung angenommen, in der folgende Forderungen erhoben wurden:

1. Sicherstellung der Rechte der Betriebsräte nach einem von den Organisationen ausgearbeiteten Entwurf von Richtlinien zum Betriebsrätegesetz;
2. Schnellster Abschluß des Tarifvertrages einschließlich der Regelung der Frage der Unorganisierten;
3. Kontrolle der Geschäftsbücher und die Anerkennung der von den Organisationen geführten Streiks.

Ferner wurden zwei Anträge angenommen, die Kohlenwirtschaft gemeinsam zu regeln und die Betriebsräte zu berechtigen, ein bis zwei Mitglieder in die Grubenvorstände zu entsenden. Die Kohlenpreise müßten auf Grund der Selbstkosten überall im Reich gleichmäßig bemessen werden. Das in Berlin am 28. Januar abgeschlossene Lohnabkommen wurde angenommen, obwohl die Versammlung viel weitergehende Lohnforderungen für berechtigt hielt.

Freistaat Irland im britischen Staatenbund

Von unserem Londoner Korrespondenten.

London, 17. Januar 1922.

Die Öffentlichkeit widerhallt augenblicklich dem Gefühl, das die Sprengung der Konferenz in Cannes und der damit zusammenhängende internationale Skandal hervorgerufen haben. Daneben lobt der Streit zwischen den Konservativen und liberalen Koalitionsströmungen um die Fragen der Reform des Oberhauses, der Parlamentsauflösung und der Neuwahlen. Ja die Koalition selbst ist in Frage gestellt. Aber von alledem unbeirrt, wenn auch vom Tageslärm beinahe überdönt, nehmen die Ereignisse in Irland ihren Gang. Ein geschichtliches Drama von höchster Spannung nimmt seinen Abschluß, die irische Nation vollzieht die Wiederaufrichtung ihres staatlichen Daseins.

Der am 6. Dezember 1921 abgeschlossene Vertrag zwischen der britischen Regierung und der Delegation der Dail Eireann, des Sinnfein-Parlaments, wurde von diesem am 7. Januar nach langen und leidenschaftlichen Debatten mit einer knappen Mehrheit von 64 gegen 57 Stimmen ratifiziert. Der Kampf der unverwundlich republikanischen Minderheit unter De Valera's Führung gegen die von Griffith und Collins geleitete Mehrheit war ein äußerst erbitterter. Am 9. Januar hatte es nach den Ausscheln, daß die Minderheit es auf einen Bruderkrieg ankommen lassen würde. De Valera legte seine Präsidentschaft nieder, widerlegte sich aber nicht dem Antrag auf seine Wiederwahl. In diesem Falle war es seine Absicht, ein neues Sinnfein-Kabinett nur aus seinen Anhängern — also aus Vertragsgegnern — zu bilden und alle Mittel der irischen Republik zu ihrer Behauptung und somit auch zur Vereitlung des Ausgleichs mit England zu gebrauchen. Wir glauben, es war ein Glück für die neu erlangene irische Freiheit, daß dieser Vorstoß mißlang. Mit nur zwei Stimmen Mehrheit unterlag der zum Nationalen selbst gewordenen erste Sinnfein-Präsident gegen den Gründer und geistigen Urheber der irischen Unabhängigkeitsbewegung, Arthur Griffith. Die von diesem gebildete provisorische Regierung hat am 16. Januar das „Schloß von Dublin“, die Zwingburg britischer Herrschaft, und damit den irischen Regierungsapparat übernommen. Die Räumung Irlands durch die britischen Truppen und das Hilfskorps der „Schwarzgelben“ (Black and Tans) hat schon begonnen. In wenigen Wochen wird Irland — nach sechshundert Jahren — wieder von einer irischen Nationalregierung verwaltet werden.

Es hat manchmal den Anschein, daß wenige selbst in England sich der Größe der Umwälzung bewußt sind. Seit mehreren Jahrhunderten wurde Irland von London aus regiert, und seit dem Jahre 1800 besteht kein irisches Parlament. Durch den neuen Vertrag werden zwei neue Tatsachen von internationaler Bedeutung geschaffen. Das „Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland“, wie die offizielle Bezeichnung Englands lautet, hört auf zu existieren. Es entstehen, staatsrechtlich genommen, zwei neue Gemeinwesen — der Irische Freistaat und das Königreich Großbritannien. Die Reduktion des Staatsgebietes von England und die Aenderung der Vertretungshaus des britischen Parlaments, aus dem gegen 80 (und mit Ulster entl. über 100) irische Mitglieder ausscheiden müssen, kann übrigens nach gefestigter Durchführung der Abtrennung Irlands Neuwahlen notwendig machen. Aber bedeutsamer als diese konstitutionelle Frage ist der Eintritt eines neuen Gliedstaates in den Britischen Staatenbund.

Das Britische Reich ist ein Gemeinwesen ohne geschriebene Verfassung. Man gebraucht hier immer häufiger die Bezeichnung Staatenbund (Commonwealth of Nations) anstatt des üblichen Namens Reich (Empire). Nicht nur weil man die Ideenverbindung mit dem Worte „Imperium“ und den von ihm abgeleiteten Begriffen Imperialismus, Kolonialismus und Herrschaft, sowie des Imperialismus vermeiden will. Vielmehr aus dem stichhaltigen Grunde, weil die alte Vorstellung von den Beziehungen des Reichsmutterlandes zu den autonomen, selbstverwaltenden Kolonien nicht mehr gilt. Auch das Wort „Kolonie“ ist irreführend, wenn man die von England tatsächlich unabhängigen Dominions, wie Kanada, Australien und Südafrika, im Auge hat. Das Sinnfein-Irland erhält nach dem geschlossenen Vertrag dieselbe Stellung im Britischen Staatenbund wie diese völlig autonomen Staatswesen. Es besteht nunmehr keine eigene Verfassung und freigewählte Regierung. Das irische Parlament ist souverän in seiner Gesetzgebung, der Irische Freistaat hat eine eigene Armee, eigene Münze, er kann nach Belieben Zölle einführen (auch gegen England) und Handelsverträge mit fremden Staaten schließen. Er wird in dem sogenannten Völkerbund eine Vertretung erhalten, wie die anderen britischen autonomen Kolonien, er kann im Rahmen der britischen Reichsdelegation, an internationalen Konferenzen teilnehmen, und ebenso wie Kanada eine besondere Gesandtschaft in Washington errichtet hat, wird

es auch dem Irdischen Freistaat möglich sein, Gesandte nach anderen Staaten zu entsenden. Kriegserklärungen, Friedensschlüsse und internationale Abmachungen Englands sind für seine Bundesstaaten nicht bindend, wie zuletzt Lord George in seinem Entwurf eines Bündnisvertrages mit Frankreich, den er in Cannes vorlegte, ausdrücklich hervorhob. Die einzige Verbindung der autonomen Kolonien mit dem Mutterlande ist das Königtum, und auch der Irdische Freistaat wird dem König, als Haupt des Bundes, den Treueid leisten. Man muß freilich dabei bedenken, daß der Vertreter der Krone in den Selbstverwaltungskolonien, der Generalgouverneur, gar keinen Einfluß auf ihre Politik hat, daß er nur mit Zustimmung der Regierung des Dominions ernannt wird und das königliche Vetorecht nie ausübt. Die autonomen britischen Kolonien können daher mit Recht als selbständige Republiken mit einem nominellen, erblichen Präsidenten bezeichnet werden, der noch dazu den Vorteil hat, in einer Entfernung von vielen tausend Meilen zu weilen. Irland ist viel näher, und damit ist es zum Teil zu erklären, daß es so schwer war, der Daily Circum zu beibringen, daß die Republik, wenn nicht dem Namen nach, so doch dem Weien nach erreicht ist.

Deutschnationale Hochverräter

Schwere Anklagen gegen die Eiseriche

In der „Welt am Montag“ veröffentlicht August Abel, früher Redakteur der „Deutschen Zeitung“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, jetzt ständiger Mitarbeiter rechtsstehender Blätter, einen Artikel, nachdem er 14 Tage lang vergebens versucht hatte, ihn in einem der von ihm sonst versehenen Blätter zu veröffentlichen. Abel klagt den Sanitätsrat Dr. Pittinger, geb. Regensburg, jetzt München, Ringhotel, an, die Loslösung Bayerns vom Reiche zu betreiben. Pittinger hat im Sommer 1921 für den abgegangenen Forst- rat Eiserich die Leitung der Einwohnerwehren Bayerns übernommen. Pittingers Verbrechen und Vergehen sind:

1. er unterhält Verbindungen zu den „Erwachenden Madjaren“ Ungarns zu dem Zwecke, Bayern vom Reiche loszureißen und es in eine Donauföderation einzubeziehen unter dem Protektorat Frankreichs.
2. Er stellt in politischen Besprechungen die Trennung Bayerns vom Reiche unter einem französischen Protektorat als eine politische Notwendigkeit für die Gesundung Deutschlands dar. Eine ehrenrührliche Aussage des Hauptmanns Röm er in München bestätigt diese Anklage.
3. Pittinger hat den Selbstzug Deutschösterreichs in einer Weise organisiert, die auf die Schaffung eines Alpenstaates unter Einbezug Bayerns hinausläuft.
4. Sanitätsrat Pittinger verschleibt durch seine Kreaturen Dr. Heimwinger und den Leiter seiner Wirtschaftsabteilung Direktor Braun fortgesetzt, bis in die jüngste Zeit hinein, Waffen nach Ungarn, die dort den „Erwachenden Madjaren“ zufallen und für sie bestimmt sind. Mit den aus Deutschland stammenden Waffen sind die das deutsche Burgenland verwüstenden ungarischen Banden ausgerüstet worden.
5. Vor der Wahl Lerchensfelds hat Pittinger eine bewaffnete Aktion in Bayern beabsichtigt, falls der Rechtssozialist Auer zum Ministerpräsidenten gewählt werden würde. Abel beschuldigt den Pittinger schließlich noch, durch seine Wählerkreise Verwirrung in die nationalen Kreise gebracht zu haben.

Oben so schwere Anklagen werden gegen den Forst- rat Eiserich, den Gründer der Orgel, erhoben.

1. Eiserich weiß von den Machinationen Pittingers. Zuerst habe sich Eiserich von Pittinger trennen wollen, weil dieser die Loslösung Bayerns vom Reiche betrieb. Sie hätten sich aber schließlich wieder geeinigt auf der Basis, daß Eiserich selbständiger Führer der norddeutschen Organisationen und Pittinger selbständiger Führer der süddeutschen Organisationen bleiben sollte. Gegenwärtige Angriffe sollten in Zukunft eingestellt werden. Eiserich habe dem Obergeometer Kanzler die österreichische Organisation übertragen und dadurch ein gerüttelt Maß der Schuld an den Ereignissen im Burgenland übernommen. Dieser Kanzler, der enge Verbindungen zu Eiserich unterhielt, schaffte unter anderem

allein im Dezember 20 zehn Waggonen Waffen und Munition auf dem Donauwege aus Bayern nach Ungarn. Kanonen und Flugzeuge befanden sich darunter. Alle diese Waffen waren für die „Erwachenden Madjaren“ bestimmt. Mit diesen und einer Unmenge anderer aus Bayern stammender Waffen wurden die Abteilungen Hejas und Pronay ausgerüstet, die am 17. 12. 21 auf Wien marschieren sollten, um es zu besetzen und den Alpenstaat zu proklamieren. Nach eigenen Angaben des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten der „Erwachenden Madjaren“, Dr. Schloffer, haben die deutschen Offiziere Major Bischoff, ehemaliger Führer der Ehemaligen Division in Ausland, und Oberst Bauer als Generalführer den Feldzugsplan der ungarischen Banden im Burgenland entworfen. Auch heute noch ist das Burgenland schwer bedrängt. Mit deutschen Waffen ausgerüstet, steht Hejas zu einem zweiten Einmarsch in das Burgenland fertig, mit 16 000 Mann, Marschrichtung Wien. Nur die Furcht vor den Alliierten hat das Vordringen bis heute verhindert. Die „Erwachenden Madjaren“ erhalten auch Beziehungen nach Berlin und nach Paris.

2. Eiserich habe, um selbst keine Diktatur aufrichten zu können, die deutsche bewaffnete Hilfe für Oberschlesien während des dritten Vosenaufstandes unter verwerflichen Mitteln sabotiert. Das beweist Abel durch den Abdruck einer ehrenwörtlichen Erklärung des Vorsitzenden eines Vereines heimattreuer Oberschlesier und des Vorsitzenden des Hochschulringes deutscher Art. Diese Sabotage sei zu dem Zwecke geschehen, der Reichsregierung durch den vollständigen Verlust Oberschlesiens eine Niederlage zu bereiten und die Diktatur Eiserich aufzurichten.

Diese Beschuldigungen eines rechtsstehenden Postfisklers gegen die Herren Eiserich und Pittinger sind so schwerwiegender Natur, daß nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch die Regierung die Verpflchtung hat, sofort und mit den schärfsten Mitteln durchzugreifen. Sie darf nicht solange warten, bis diese „nationalen“ Hochverräter sich ebenso wie die Kapp und Genossen in Sicherheit bringen, das Notwendige hat vielmehr schleunigst zu geschehen!

Die Bewegung der Eisenbahner

Aufrufe und Ermahnungen statt Lohnzulagen

Eine bürgerliche Korrespondenz hat in den lehtvergangenen Tagen wiederholt Nachrichten verbreitet, wonach der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner einen ultimativen Streikbeschluf gefaßt habe. Das gab der Regierung und dem Reichsverkehrsministerium Veranlassung, an die Eisenbahner Warnungen davon zu richten, daß sie sich dem Streik angeschlossen. Und gestern erließ der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin einen Aufruf, worin die Beamten nochmals auf die „schwerwiegenden Folgen“ aufmerksam gemacht werden, die die Beteiligung am Streik für den Teilnehmer und seine Familie nach sich ziehen müßten. Die „einsichtigen und verständigen Beamten“ sollten sich ihres Treueverhältnisses zum Staate und ihrer Verantwortung bewußt sein und daher jede Aufforderung zur Beteiligung am Streik ablehnen. Derselbe Korrespondenz teilt weiter mit, daß die anderen Eisenbahner- großorganisationen gestern zu den schwebenden Dingen Stellung genommen hätten, um von den Tatsachen nicht überrascht zu werden. Es handele sich jedoch durchweg um unverbindliche Vorbereitungen, da jeder Verband erst offizielle Stellungnahme der Reichsgewerkschaft abwarten wolle. Das Gerücht, daß die Reichsgewerkschaft bereits in der Nacht vom Sonntag zum Montag zum Streik aufrufen würde, werde von der Gewerkschaft selbst als un wahr bezeichnet.

Die Neußerungen der Korrespondenz sehen ganz so aus, als seien sie von dem unmittelbaren und gefährlichen Konkurrenten der Reichsgewerkschaft, nämlich von der christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter, inspiriert. Nun hat zwar der Vorstand der Reichsgewerkschaft gar keinen „Streikbeschluf“ gefaßt, wie wir schon darlegten, aber das hindert die Konkurrenz nicht, sich wissend zu stellen und weiteres Material für die Pressehege gegen die Eisenbahner zu liefern. Auch das ist nur ein neues Zeichen für die Wirkungen der Zersplitterung der Organisationen, die nur zu überwinden ist durch geschlossene freigewerkschaftliche Beamtenverbände. Der Regierung und den Reichsbehörden aber muß gesagt werden; daß sie dafür Sorge

tragen sollen, daß die berechtigten Forderungen der Eisenbahner endlich erfüllt werden.

Der Deutsche Beamtenbund und der Streikerlaß

In einer Notiz für die Presse teilt der Deutsche Beamtenbund zu dem Streikerlaß des Reichsverkehrsministers mit, daß er nicht darauf verzichten könne, das Mittel der Dienstverweigerung als Notwehrmaßnahme für die Beamten in Anspruch zu nehmen, wenn ihre Existenz gefährdet sei. Wenn im Einzelfalle dieses Mittel anzuwenden sei, unterliege der Prüfung der ihrer Verantwortung bewußten Organisationsleitungen und der Entscheidung des Willens der Mitglieder selbst. Man sollte aber auch an amtlichen Stellen wissen, daß sich die tiefgehende Erregung der schlecht bezahlten Beamtenschaft nicht mit solchen aus früheren Zeiten übernommenen Drohmitteln, die im Ernstfalle nicht einmal durchführbar seien, bannen lasse.

Ein Meeting der K. P. D.

Dem guten Beispiel unserer Partei folgend, veranstaltete die K. P. D. gestern eine Versammlung, in der Vertreter ausländischer Parteien die Solidarität des internationalen Proletariats zum Ausdruck brachten.

Marcel Cachin erinnerte eingangs keiner Rede an ein Wort von Zaurès: „Für die Sozialisten (der Ueberleber lagte Kommunisten) gibt es das Wort Ausländer nicht.“ Er überbrachte die Grüße der französischen kommunistischen Partei, die die einzige proletarische Partei in Frankreich sei. (?) Cachin betont dann die Uebereinstimmung der deutschen und französischen Arbeiter in der Reparationsfrage. Wir sind gegen den Militarismus in Frankreich, der heute brutaler ist denn je. Wir sind gegen die Forderung, von einem einzigen Lande Milliarden zu verlangen, die es niemals bezahlen kann, um damit Armeen am Rhein zu unterhalten. Wir sind dagegen, den Krieg in den Frieden zu verlängern. Niemand glaubt, daß aus Deutschland eine Sintflut von Geld kommen kann, niemand glaubt an das Rheingold, das nach Frankreich strömen soll, wie in einer Oper von Wagner.“ Der Redner spricht sich lebhaft für die Wiederherstellung deutscher Arbeiter aus und erinnert an den Egoismus der Kapitalisten, der sie verhindern möchte. Bisher seien lediglich die Häuser der Kapitalisten und Großgrundbesitzer wiederhergestellt, während die Arbeiter noch immer keine Unterkünfte hätten. In einem Bezirk des Sommedepartements hätten die Bewohner sich in einer Abstimmung mit großer Mehrheit für die deutsche Hilfe ausgesprochen, und die meisten hätten an ihrer Auffassung festgehalten, auch als man ihnen einen Präferenzschein schickte, um diese Willensmeinung rückgängig zu machen.

Cachin erklärte, daß der Kapitalismus keineswegs die Krise von 1918 überwinden habe, er sei im Kerne erschütterter als je. Genua, wo 45 Staaten die ungeheuren Finanzprobleme lösen sollen, beweise es. Man habe Deutschland und Rußland zulassen müssen. Das bedeute sicher eine Gefahr für Rußland, aber die Volkskommissare würden schon zu antworten wissen.

Nachdem Clara Zetkin zum Kampf für das Steuerprogramm der U. S. P. D. und des A. D. G. B. aufgefordert hatte, zu dem sich ja mit der üblichen Verpöfung auch die Kommunisten bekannt haben, traten weitere ausländische Redner auf. Die Engländerin Crawford erklärte, daß ihre Partei weniger Mittelglieder zähle als in diesem Saale Personen seien (es waren höchstens 3000 Menschen anwesend), und auch die übrigen Redner, mit Ausnahme des Tschechen Kreibich, vermochten kein günstigeres Bild zu entrollen. Es sprachen für Rußland Alexander, für Schweden Linderoth, für die französischen Frauen Frau Collard, Vertreter Polens und des Balkans schilderten die Herrschaft des weißen Terrors in ihren Ländern. Tausende von Arbeitern lägen in den Gefängnissen, nur in Bulgarien sei eine legale Arbeit möglich.

Hedert für die K. P. D. erklärte, daß die Stärke der kommunistischen Parteien nicht auf ihrer Zahl beruhe. (1) Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen den Berliner Polizeipräsidenten und den Reichsjustizminister wendet, und in der die Entlassung der gefangenen Revolutionäre und die Auflösung der Abteilung IA des Polizeipräsidenten gefordert wird.

Der Kieler Hafen zugefroren. Der Kieler Hafen ist vollständig zugefroren, was seit Jahrzehnten nicht der Fall gewesen ist. Die Eishäufungen bedauern in einer freigehaltenen Fahrtrinne unter großen Schwierigkeiten. Auch in der Außenförde hat sich weiterhin starkes tragfähiges Eis gebildet.

Furchtbarer Schneesturm in Nordamerika. Washington ist durch den Schneesturm von der Außenwelt so gut wie abge schnitten. Der Eisenbahnverkehr liegt still. Die Arbeiten des Parlaments und der Abrüstungskonferenz mußten unterbrochen werden.

Diener des Geistes

Wer in der Notwendigkeit lebt, sich mit den deutschen Zuständen zu beschäftigen, der muß von Zeit zu Zeit über unser „Bildungswesen“ sprechen. Weil es so gut zu unserem Militär, unseren Gerichten und unseren Finanzämtern paßt; denn das Bildungswesen ist ja wohl der Gradmesser der Kultur eines Volkes.

Aber das deutsche Bildungswesen ist eigentlich überhaupt kein Bildungswesen. Es ist eine Ernährungsinstitution für sehr wenig notwendige und sehr viel überflüssige Dinge, die als Bildung ausgegeben werden und tatsächlich nichts sind als ein kleines bißchen Wissen und eine große Portion Rüstlosigkeit. Mit der großen pädagogischen Tradition Pestalozzis, mit dem Bildungsideal des 18. Jahrhunderts hat dieses gelehrte Proletariat nichts, aber auch rein gar nichts gemein.

Diese ganze deutsche Bildungsorganisation von der Spitze bis zur Basis, von Boelth bis zum kleinsten Dorfschulmeister ist von einer strammen deutschnationalen Einheitslichkeit wie die Reichswehr oder die Justiz. Der ganze Unterschied ist, daß die Kulturbeamten (wobei der Ton auf Beamten liegt) ihre reaktionäre Uniform unsichtbar tragen und die Knöpfe und Ärgen und das ganze blanke Gebimmel im Kopf sitzen haben, so ungefähr an der Stelle, wo man nach dem Stande der Wissenschaft etwas anderes sucht.

Da haben wir z. B. in Berlin die Preussische Akademie der Wissenschaften, die in jedem Jahre eine öffentliche Sitzung abhält, um ihren Wiedererweder, Friedrich II., zu feiern. Das letzte mal, es war am 26. Januar, führte Herr Professor Gustav Roethe den Vorsitz, jene bekannte Leuchte der Berliner Universität, die einmal erklärt hat: „Fort mit dem Geiß von Weimar! Wir brauchen den Geiß von Potsdam!“ Er wies darauf hin, daß vor zehn Jahren die 200. Wiederkehr dieses Tages im weißen Saale des Schlosses feierlich begangen sei. Damals habe Kaiser Wilhelm II., dem die Akademie großen Dank schulde, auf ein Wort des großen Friedrich hingewiesen: „Die Stärke der Staaten beruht auf den großen Männern, die ihnen zur rechten Stunde geboren werden.“

Beider kann man aus dem Bericht nicht ersehen, was der Herr Professor über die Geburtsstunde Wilhelms gesagt hat. Inzwischen hat er sich damit begnügt, auf den verstorbenen Friedrich hinzuweisen, als dessen Entel sich Wilhelm immer so gern bezeichnete. Er lobte diesen Monarchen, weil er die Wissenschaft stets dem Staat wohl untergeordnet habe und beispielsweise der Akademie die Preisfrage stellte: „Welches ist die beste Methode, die Völker wieder zur Reason zu bringen?“ oder „Darf man die Völker zu ihrem Heile betrügen?“ — Das sind in der Tat gute Fragen und man sollte sie samt Roethe als Beantworter nach Holland

schicken. Vielleicht könnte man auch nach Ludendorff Lindström mitnehmen, der ja einige Erfahrungen über diese Thesen gemacht hat. Sicher würden sie dafür von IWM eine selbstgegebene Holscheide mit eigenhändiger Unterschrift erhalten.

Im Verlaufe der Festsetzung zeigte sich dann freilich die Wissenschaft als gänzlich unpatriotisch, ja man muß schon sagen, sie zeigte sich direkt international. Professor Dieis berichtete über die Herausgabe eines medizinischen Werkes der alten Griechen, das in 32 Bänden als erste Arbeit der Internationalen Association geplant war. Infolge des Krieges teilen sich jetzt die Preussische und die Dänische Akademie in diese Arbeit. Professor Erman sprach über die Entzifferung der Hieroglyphen. Dabei stellte sich — o Schrecken — heraus, daß dieses schwierige Problem erst in den letzten 100 Jahren durch die Zusammenarbeit deutscher und französischer Gelehrter zur Lösung gebracht wurde.

Herr Roethe klammert sich aber nicht gern um die Wissenschaft. Er ist ja Professor. Er ist ein Patriot und schielt nach Holland, und den Fanatismus der Wahrheit hielt er in seiner Schlußansprache das Wort entgegen, daß die Diener des Geistes nicht nach dem Beifall der Vielen bilden.

Das ist also ein Diener der Wissenschaft und Lehrer der Jugend. Wer wundert sich dann noch über diese? Ich empfehle jedem, sich einmal die Kioettwände der Berliner Universität anzuschauen. Da kann man Infazisten lesen, vor denen ein alter Feldwebel mit 15 jähriger Dienstzeit, der dazu noch unter Koste mitgemacht hat, erröten könnte. Das ist die Rehrseite der Universität, deren Eingang zu beiden Seiten flankiert wird durch die Denkmäler der Brüder Humboldt.

Diese Geistesverfassung wird dann in die Schulstufen hinausgetragen, u. a. auch in die Klasse II O der 20. Gemeindeschule Charlottenburg. Dort läßt dann der Lehrer Wollin wie am 17. Januar folgendes Gedicht auswendig lernen:

Diener tragen insgesamt
Ihrer Herren Livercin.
Solls denn sein, daß Frankreich herr,
Deutschland aber Diener sei?
Freies Deutschland,
Schäm' Dich doch
Dieser Schänden Kriecherei!

Das Gedicht stammt aus dem 17. Jahrhundert. Wenn es im 20. Jahrhundert in einer Gemeindeschule wieder auftaucht, dann nur, weil unter dem Diamantel der Kunst ein bißchen Franzosenhege getrieben werden kann.

Man muß von Zeit zu Zeit über das deutsche Bildungswesen sprechen. Von Boelth über Roethe zu Wollin! — Alle Diener des „Geistes“.
H. E. K.

Der Lohnkampf der Schauspielers. Die Mitglieder der Berliner Bühnen nahmen am Sonntag in einer Versammlung der Bühnengewerkschaft Stellung zu dem Schiedspruch in Sachen ihrer Forderungen an die Direktoren. Die endgültige Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches selbst stand nicht zur Debatte, da ein Beschluß hierüber durch Urabstimmung erfolgt. Es zeigt sich aber völlige Geschlossenheit in der Absicht, die Verstärkung fester Ensembles sowie eine Gehaltserhöhung bis zu 70 Prozent durchzusetzen. Am Mittwoch wird in sämtlichen Berliner Theatern die Abstimmung erfolgen, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches, zweitens, ob in erneute Verhandlungen mit den Direktoren einzutreten ist, und drittens ob das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, in Anwendung zu bringen ist.

Borrlücken der Alpen nach Norden und Westen! Man wird es für unmöglich halten, daß ein Gebirgsmassiv wie die Alpen sich im Ganzen in einer fortschreitenden Bewegung befinden soll; und doch ist das der Fall. Die Alpen sind ja überhaupt geologisch ein jungdliches Gebilde, das noch in der Tertiarzeit starke Neubildungen erfuhr. Diese haben bis auf den heutigen Tag noch nicht ihren endgültigen Abschluß erfahren, so schwach auch die entsprechenden Neußerungen nur noch sind. Es ist selbstverständlich, daß diese nicht so ohne weiteres erkennbar sind. Aber die Landesmessung ist so genau, daß sie sie gut und sicher festzustellen vermag. Die Neumessung des südbayerischen Dreieckesches verpflicht mit der Gesamtangabe des alten Reiches bei Verschiebungen der Hauptdreieckspunkte erkennen lassen, die A. Schläger veranlaßt hat, sich damit noch genauer zu befassen. In einer Arbeit über die Westwanderung von Hauptdreieckspunkten infolge neuerlicher tektonischer (d. h. formgebender) Bewegungen im bayerischen Alpenvorland zeigt er, daß solche Bewegungen bei den Alpen vorhanden sind und sowohl ein Vorrücken nach Norden wie in noch höherem Maße nach Westen bewirken. Gegen die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts sind die Alpen im Westen von München um anderthalb Meter vorgeschritten. Diese Bewegungen sind als ein Nachklingen der in früheren geologischen Perioden in der Alpengegend eingetretenen Umlagerungen in der Erdkruste anzufassen. Man sollte sich überhaupt daran gewöhnen, daß auch jetzt noch unser Urgrund, die feste Erde, nicht so fest ist, wie er in der üblichen Denkweise angenommen wird. Die abdriftenden Kräfte sind noch lange nicht zum Abschluß gekommen, und im Laufe von Jahrhunderten werden sich noch manche wesentliche Veränderungen der Erdoberfläche vor sich gehen. Um solche Bewegungen zu erkennen, genügen natürlich irdische Messungen an der Erde allein nicht. Denn wo sich alles bewegt, kann man ja keine genügend festen Ruhepunkte finden. Man muß schon mit dem Fernrohr in den Himmel greifen und mit Hilfe seiner astronomischer Meßmethoden dort die Ruhepunkte fassen, die uns hier auf der „festen“ Erde verlagert sind.
F. L.

Selbsthaft für Sozialreform. Mittwoch, 8 Uhr, Café Diercksenhof, Charlottenburg, Berlin Str. 12, Vortrag von Frau Dr. Eva Marly über: „Das Sozialproblem in der Jugendberührung“. Karten 2,-.

Das Ergebnis des Parteitages

Provinzialkonferenz der U.S.P.D. Berlin-Brandenburg

Im Gewerkschaftshaus trat gestern vormittag die Provinzialkonferenz unserer Partei von Berlin-Brandenburg zusammen. Die Tagung wurde eingeleitet durch den stimmungsvollen Vortrag des Chores „Lied Helden“ durch den Berliner Sängerkhor. Der Vorsitzende Genosse Koch widmete hierauf unserer verstorbenen Genossin Fiech einen Nachruf, den die Delegierten lebhaft anhörten. Darauf folgte ein zweiter Vortrag des Sängerkhore: „Ich warte dein“.

Genosse Koch eröffnete nun die Konferenz mit der Tagesordnung: 1. Das Ergebnis des Parteitages und unsere Aufgaben, Referent Franz Künster; 2. Organisation und Agitation, Referent Richard Krille; 3. Diskussion über beide Referate.

Das politische Ergebnis des Parteitages

gab, wies im Anfang seiner Ausführungen darauf hin, wie sehr die Hoffnungen aller unserer Gegner, daß der Leipziger Parteitag das Schicksal der U. S. P. bestimmen werde, gründlich enttäuscht worden sind. Im Gegenteil habe der Leipziger Parteitag eine ungeahnte innere und äußere Stärkung der Partei gebracht. Das innige Verhältnis und das starke internationale Ansehen unserer Partei bei den ausländischen Bruderparteien kam in der Zahl und der Bedeutung der ausländischen Gäste auf unserem Parteitag zum Ausdruck. Genosse Künster gab dann inhaltlich die wesentlichen Grundzüge des politischen Berichts der Parteileitung, den Genosse Dittmann dem Parteitag erstattet hatte, wieder. Er wies darauf hin, wie Genosse Dittmann an den entscheidenden Stellen seines Referats, wo er über unsere Stellung zur Koalitionspolitik sprach, wiederholt von einmütigem, stürmischen Beifall des ganzen Parteitages unterbrochen worden war. An dem Beispiel der Haltung, die die Rechtssozialisten sowohl in der Steuerfrage eingenommen haben, zeigte Genosse Künster die Berechtigung unserer Stellung. Er behandelte dann als Grundlage des weiteren Kampfes die bekannten zehn Forderungen des U. S. P. und legte an Hand verschiedener Beispiele aus Artikeln verschiedener Rechtssozialisten dar, wie wenig die Partei sich von den unmittelbaren Interessen des Proletariats leiten läßt, wie sie sogar bereit ist, einer Aufhebung des Achtundtags das Wort zu reden. (Siehe den Artikel Lindemanns in den „Sozialistischen Monatsheften“). Genosse Künster legte zum Schluß die politische Bedeutung des Leipziger Manifestes für die zukünftige Arbeit unserer Partei dar, er forderte die Berliner Parteigenossen auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung des Manifestes im politischen Kampf einzusetzen. (Lebhafte Beifall).

Der politische Bericht des Genossen Künster wurde ergänzt durch Ausführungen über

Die Organisationsarbeiten des Parteitages

die Genosse Krille begann mit einer Würdigung des neuen Organisationsstatus unserer Partei. Neu sei vor allem darin der Paragraph 4 der Genossinnen eine Beteiligung nach ihrer Zahl gewährleistet. Zur Förderung des Interesses der Frauen an unserer Partei müsse dieser Status des Organisationsstatus überall in die Tat umgesetzt werden. Genosse Krille behandelte dann die Beitragsfrage und legte den Vorschlag der Parteileitung Berlin-Brandenburg auf Einführung eines monatlichen Mitgliedsbeitrages von einer Mark, in Berlin ab 1. März, in der Provinz ab 1. April vor. Dann behandelte Genosse Krille die Umstellung der Zentrale, die jetzt nur noch aus einer Körperschaft bestehe, der der Parteirat zur Klärung tatsächlicher und politischer Fragen zur Seite gestellt sei. Weiter berührte Genosse Krille in seinem Referat den Beschluß des Parteitages, wonach jede Ortsgruppe der Partei mindestens ein Exemplar des „Jungen Kämpfer“ abonnieren soll. Ueberhaupt müsse besonders in den industriellen Gegenden ein lebhafteres Interesse für die Organisation der sozialistischen Proletariatsjugend geweckt werden. Auf die Berliner Organisation übergehend sagte Genosse Krille, daß sie zwar in der Organisationsform gut sei, es müsse aber ein besserer Geist in die Berliner Organisation einziehen, statt der häufigen Erörterung nebensächlicher Dinge solle man in der Parteiarbeit von höheren Gesichtspunkten ausgehen. Genosse Krille behandelte dann die nächsten Aufgaben der Berliner Organisation auch in der Provinz, die Agitation für den „Freien Volkswillen“, die Verbreitung eines Flugblattes mit dem Aufsatze der Zentrale, die Umstellung der Propaganda durch Ausbau besonderer Stützpunkte in der Provinz und ging zum Schluß auf die Behandlung der Berliner Anträge in Leipzig ein.

Die Diskussion

Auf Antrag wurde die Redezeit für die Debatte auf 15 Minuten beschränkt. Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Witz im Namen der unabhängigen Fraktion der Genossenschaftsräte und forderte zur größeren Beachtung der Konsumorganisationen auf. Genosse Kunz kritisierte die Ablehnung des Antrages über die Zugehörigkeit zu Kirchengemeinschaften.

Genosse Brendel wandte sich zunächst gegen die Entschiedenheit der Frauenkonferenz über die Doppelpersonen. Die Gewerkschaftsfunktionäre müßten es ablehnen, diesen Beschluß zu vertreten. Er wandte sich der Frage der Kirchengemeinschaften zu und kritisierte ebenfalls die Ablehnung des Berliner Antrages durch den Parteitag. Zur Frage der Mindestbeiträge führte er aus, daß er einen Wochenbeitrag von zwei und einer Mark bei der Arbeitslosigkeit in Berlin für undurchführbar halte. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einer Kritik sowohl des Parteitages als auch der Berliner Delegation wegen der Nichtbehandlung des Berliner Antrages über die Gewerkschaftsfrage und ließ seine Rede ausklingen mit einer Würdigung der Kleinarbeit in der Partei.

Genosse Klein äußerte die Meinung, daß der Leipziger Parteitag zu wenig Selbstbewußtsein an den Tag gelegt habe. Er machte sich die von ihm zitierte Meinung Paul Levis zu eigen, daß die führenden Genossen der U. S. P. D. und der S. P. Z. zu viel zusammen arbeiteten. Weiter wandte sich Genosse Klein gegen die Unterschätzung der Kleinarbeit und gegen die Ablehnung des Berliner Antrages über die Doppelpersonen durch den Parteitag.

Genosse Rosenfeld bezeichnete die Frage der Zugehörigkeit zu Kirchengemeinschaften nach der Stellungnahme des Parteitages als erledigt. Nachdem der Parteitag für den kommenden Kampf die Wege gewiesen und damit seine Aufgabe erfüllt habe, fangen nun die Aufgaben der Partei selbst erst an. Das Manifest müsse in die Tat umgesetzt, dem Einigungsmittel müsse ein Ende gemacht und die Gegensätze zwischen S. P. D. und U. S. P. D. bürsten nicht vertuscht werden. Genosse Rosenfeld kritisierte nachdrücklich das Verhalten der Kommunisten im Reichstag am Schluß der letzten großen politischen Aussprache. Er wandte sich dann in einer scharfen Polemik gegen die Rechtssozialisten, denen er viel ferner stehe als der S. P. D. Für ihn sei die Blutschuld der Rechtssozialisten unausschließbar, es zeige auch die Tatsache, daß Rosse wieder außerstande sei, wie sehr die S. P. D. sich auf dem Wege zum Bürgerkrieg befindet. Der Aufruf der Zentrale, der am Sonntag in der „Freiheit“ veröffentlicht wurde, zeige den Weg und auch die Einstellung zu den anderen Arbeiterparteien.

Genosse Hille-Kühnen behandelte in eingehenden Darlegungen die Schwierigkeit der Agitation auf dem Lande und forderte von der Zentrale der Partei besondere Unterstützungsschriften für die Landbevölkerung herauszugeben.

Genosse Harnisch forderte von der Berliner Parteileitung mehr Aktivität und begründete einen von ihm der Bezirksleitung Berlin eingereichten Antrag, die Organisation der Stadt Berlin auf die Verwaltungsbezirke

aufzubauen. Er erörterte die Vorteile einer solchen Umstellung und wandte sich zum Schluß seiner Ausführungen gegen die vom Genossen Brendel an dem Parteitag geübte Kritik.

Genossin Schäuber wandte sich gegen die Kritik des Beschlusses der Frauenkonferenz durch den Genossen Brendel. Die Bezeichnung „Doppelpersonen“ gebe ein ganz falsches Bild, eine Doppelperson sei, wenn eine Person aus zwei Tätigkeiten Einkommen beziehe. Die Entschiedenheit der Frauenkonferenz fordere die Aufhebung der Demobilisationsorder gegen die Frauenerwerbsarbeit. Gerade die Gewerkschaften haben während des Krieges nicht danach gefragt, wieviel Frauen in die Erwerbsarbeit hineingezogen wurden. Die Entschiedenheit der Reichsfrauenkonferenz habe eine grundsätzliche Bedeutung, denn die Frauen müßten es entschieden zurückweisen, prinzipiell von der Möglichkeit der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen zu werden.

Genosse Vantau erkannte an, daß der Parteitag einen klaren Weg gezeigt habe. Der Redner kritisierte, daß die Zentralleitung nicht genug und viel zu spät gegen die Steuerpolitik aufgerufen habe. Er wandte sich in diesem Zusammenhang auch gegen die „Freiheit“ und verlangte die Aufnahme der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft in die Partei.

Genosse Seger wandte sich gegen die Genossen Brendel und Klein. Die Kleinarbeit, die politische Arbeit und die Bildungsarbeit seien keine Gegensätze. Der Redner richtete an die Berliner Beisitzer des Zentralkomitees die Bitte, sich energisch dafür einzusetzen, daß der Beschluß des Parteitages auf Errichtung einer Reichszentrale für die Bildungsarbeit lebhaft als möglich in die Tat umgesetzt werde.

Genosse Ulmer polemisierte in längeren Ausführungen gegen die Genossen Rosenfeld und Lautant. Er erinnerte an das Hohngelächter und Triumphgeschrei, mit denen man in Halle unsere Partei zer schlagen habe, und wandte sich entschieden dagegen, diejenigen, die damals auf die falsche Karte gesetzt haben, jetzt mit einer großen Aktion wieder auszunehmen. Es sei dies nicht nur eine politische, sondern auch eine moralische Frage. Es sei nicht Aufgabe unserer Partei, dafür zu sorgen, daß diese „geborenen Führer“ nicht mandarlos bleiben. Genosse Ulmer führte als Beispiel an, daß sich die Revolution im preussischen Landtage in einem Schreiben an das Präsidium einfach als Gäste der U. S. P. bezeichnen hätten.

Genosse Schummann wandte sich gegen die Kritik einiger Redner über den Parteitagbeschlüß in der Religionsfrage. Der Parteitagbeschlüß sei gut, bei einer anderen Beschlusfassung hätte man in der Provinz die Agitationsarbeit einstellen können.

Genosse Bartusch kritisierte den Modus, nach dem in Berlin die Wahl der Parteitagsgastarbeiter vorgenommen worden ist. Ein derartiger Wahlmodus dürfe nicht wiederholt werden. Bei der Beitragsfestlegung müsse so verfahren werden, daß man auch den schlechtgestellten Arbeitern die Möglichkeit biete, Parteimitglied zu werden.

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung wandte sich Genosse Rosenfeld noch einmal gegen die Kritik des Parteitagbeschlusses über die Religionsfrage. Es wäre eine Charakterlosigkeit gewesen, wenn nach dem Berliner Beschluß diejenigen Genossen, die Mandatsinhaber waren, sich nur des Mandats wegen dem Beschluß nicht hätten. Nach dem Beschluß des Parteitages würden diese Genossen ohne weiteres aus der Reihe ausscheiden. Weiter wandte sich Genosse Rosenfeld gegen eine Kritik des Genossen Ulmer an seinem Verhalten in Halle. In einer weiteren persönlichen Bemerkung betonte Klauener-Storkom, daß ihm eine besondere Freundschaft zu den Rechtssozialisten ganz unbegründet vorgebracht werde. Er verfolge aber auch nicht die Bedrohen, die die Kommunisten an der gesamten Arbeiterbewegung begangen haben. In seinem Schlußwort sagte Genosse Krille die Ausführungen derjenigen Redner, die sich zur Organisations- und Agitationsarbeit geäußert hatten, zusammen, und richtete an die Delegierten einen warmen Appell zur regen Arbeit für Partei und Presse.

Genosse Künster sprach in seinem Schlußwort die Genugtuung darüber aus, daß die Diskussion wertvolle Ergänzungen seines Referats gebracht und dadurch ihren Zweck erfüllt habe, Anregungen zu geben. Das, was hier gesagt worden sei, müsse nun von den Anwesenden unter die Massen hinausgetragen werden. Die U. S. P. D. werde nach wie vor ihre selbständige, klare Politik verfolgen und dadurch das Vertrauen der Arbeiter in ihrer härtesten Notlage zu gewinnen haben.

Die vorliegenden Anträge wurden dem Zentralvorstand überwiesen, die unten wiedergegebene Resolution der Geschäftsleitung wurde einstimmig angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden Genossen Koch wurde die Konferenz mit einem Hoch auf das internationale Proletariat geschlossen.

Resolution:

„Die Provinzialkonferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. nimmt dem in Leipzig beschlossenen Manifest und dem heute, Sonntag morgen, in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf vollinhaltlich zu. Die Provinzialkonferenz verpflichtet alle zum Bezirksverband Berlin-Brandenburg gehörenden Mitglieder, sich für die im Leipziger Manifest und in dem Aufruf der Zentralleitung enthaltenen Forderungen mit allen Mitteln einzusetzen.“

In der Erkenntnis, daß die Forderungen unserer Partei identisch sind mit den zehn Forderungen des U. S. P. liegt für die U. S. P. die Pflicht, die Aufforderung über die verderblichen Resultate der Koalitionspolitik mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortzuführen, als erste Voraussetzung für ein Gelingen der bevorstehenden schweren Kämpfe.“

Zwei furchtbare Katastrophen

Theatereinsturz und Theaterbrand in Amerika

London, 30. Januar.

Wie aus New York berichtet wird, haben sich am vergangenen Sonnabend abend in den Vereinigten Staaten zwei große Theaterkatastrophen ereignet. Die eine betrifft ein Kinotheater in Washington, dessen Dach einstürzte. Die Ursache der Katastrophe war ein ungewöhnlich starker Schneefall, der das Theaterdach derartig belastete, daß es barst und mitten während der Vorstellung zusammenbrach. Das Theater war dicht besetzt, und deshalb waren die Folgen des Einsturzes fürchterlich. Da sich die Katastrophe ganz plötzlich ereignete, konnten sich nur wenige Personen retten. Neunundsechzig Theaterbesucher wurden getötet und etwa hundert zum Teil schwer verletzt. Hilfe zu leisten war unmöglich, da, wie erwähnt, der Einsturz innerhalb weniger Minuten sich vollzog. Im Theater entstand eine furchterliche Panik, und alles stürzte zu den Ausgängen, wobei auch viele der Besucher im Gedränge Verletzungen erlitten.

Nachher zur gleichen Stunde ereignete sich eine zweite Theaterkatastrophe, und zwar in New York. In dem am Broadway gelegenen Knickerbocker Theater brach während der Vorstellung plötzlich aus unbekanntem Ursachen Feuer aus. Ehe es noch bemerkt werden konnte, verbreitete es sich mit größter Schwwindigkeit, und ergriff die Bühne und den Zuschauerraum, der sich alsbald in ein Meer von Flammen verwandelte. Im Theater wurde eine Operette gespielt, und das Haus war

dicht gefüllt. Obwohl die Feuerwehr unverzüglich alarmiert wurde, fanden im brennenden Theater etwa hundert Menschen den Tod. Bisher konnten ungefähr fünfzig Leichen geborgen werden.

Nach einem Londoner Telegramm an das „Journal“, sollen bei dem Kinostück in Washington 13 Tote und 150 Verletzte zu beklagen sein. Ein Telegramm an die „Chicago Tribune“ meldet, General Pershing habe die Rettungsarbeiten geleitet. Glücklicherweise befanden sich infolge des starken Schneesturmes nur 500 Personen in dem Kino.

Berlin auf dem Eise

Zwei Personen ertrunken

Solch' strenge Kälte, die so lange anhält, hat Berlin seit Jahren nicht mehr erlebt. Für alle Eisportreunde sind glückliche Tage gekommen, und selten hat man so eifrig Winter sport in allen Formen in und um Berlin treiben können.

Kamenlich der gestrige Sonntag sah auf den Gewässern Berlins ein buntes Bild. Am Vormittag bereits pilgerten viele in der blanken Sonne mit Schlittschuhen nach dem Grünwaldsee, nach dem Wannsee und nach der Müggel. Da der niederrainige Ostwind der vorigen Woche kein grimmiges Blasen fast ganz eingetauscht hatte, konnte man dem Eisport mit um so größeren Vergnügen huldigen, und müde, abgearbeitete Großstadtmenschen ummelten sich in der frischen, gesunden Luft, um neue Kraft zu sammeln für die Fron der neuen Woche. So sah man denn gestern in und bei Berlin Alt und Jung auf blankem Stahl dahinschlittern, und die wohlhabenderen Zeitgenossen auf Segelschlitten über die blaue Eisfläche flitzen. Am vorgezogenen war der Müggelsee für den Eisport am größten. Hier ist aber auch die Gefahr für die Schlittschuhläufer am größten. Für die Kohlen dampfer ist auf dem Müggelsee eine Fahrtrinne freigehalten, die namentlich bei andauernder Dunkelheit leicht von den Eisläufern übersehen werden kann. Auch am gestrigen Sonntag gerieten zwei Personen in diese Rinne und ertranken. Der Tegeler See hat nicht minder seine Gefahren, weil er noch nicht in allen Teilen fest zugefroren und tragfähig ist. Ein Teil des Wannsees ist ebenfalls noch nicht für den Eisport ganz freigegeben, und die Beamten des Wasserfahrs hatten gestern alle Hände voll zu tun, um die zahlreichen Sportfreunde von den gefährlichen Stellen des Wannsees fernzuhalten.

Wiel beobachtet wurde gestern auch das Eissegel-Rennen auf dem Müggelsee, das über 10 Kilometer ging und zum Teil interessante Resultate brachte.

Raubmord in Kaulsdorf

Ein schweres Verbrechen, das in Kaulsdorf auf freiem Felde verübt worden ist, wurde heute früh in Kaulsdorf entdeckt. Ein Oberwachmeister des 119. Reviers fand dort an der Eisenbahnüberführung die Leiche eines Mannes auf, der augenscheinlich ermordet und beraubt worden ist. Die Leiche lag auf dem Rücken mit nach oben gestreckten Händen. Am Kopfe zeigt sie schwere Verletzungen, die wahrscheinlich von einem stumpfen Werkzeug herrühren. Zwischen dem Opfer und den Tätern hat augenscheinlich ein Kampf stattgefunden. Spuren auf dem Acker lassen darauf schließen, daß der Raum dort von zwei Personen überfallen und zu Boden geschlagen worden ist. Die Täter haben ihm dann, wahrscheinlich um ihn ungeschiekter auszuheben zu können, näher an die Bahndammes herangezogen, wo sie vor einer Entdeckung sicherer waren. Wie ein Arzt feststellte, ist der Tod infolge der Schläge auf den Kopf eingetreten. Bei dem Toten fand man Abscheide einer Schängengilbe und Papiere, nach denen der Tote ein Schneidermeister Koloff aus der Lyoner Straße 23 zu Berlin ist. Kriminal- und Schutzpolizeibeamte des 119. Reviers, die die ersten Feststellungen machten, nahmen sofort die Ermittlungen auf. Auch die Berliner Kriminalpolizei und ihr Oberberufschaffsdiener wurden heute früh alarmiert. Mittelnachrichten, die zur Aufklärung des Verbrechens dienen können, nehmen die Kriminalkommissionen Kaulsdorf und Quos im Zimmer 382 a des Berliner Polizeipräsidiums entgegen. Zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten haben sich Angehörige des Schneidermeisters Koloff nach Kaulsdorf begeben. Bei der Leiche fand man wieder eine Brieftasche noch ein Portemonnaie. Diese Sachen sind augenscheinlich mit ihrem Inhalt geraubt.

Was Brot ich 'eh'... In Ergänzung unserer Mitteilungen über den jüngsten Baderwitz im Schoß der U. S. P. soll uns der Rechtsanwalt des in erster Reihe betroffenen Inhabers des Verlages A. Seehof u. Co. mit Herr Paul war und ist alleiniger Inhaber des Verlages A. Seehof u. Co. und der von diesem Verlage betriebenen Buchhandlung in der Neuen Schönhauser Str. 9, Paul, der niemals Gesellschafter des „Liva“-Verlages war, hatte eine Verschönerung seines Verlages mit Franco Verlag G. m. b. H. beabsichtigt und in Ausführung dieser Absicht bereits die Leitung auch des Frankfurter Verlages übernommen. Infolge seiner Unterschriftung des Aufrufes der 28. 11. 1918 von der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands nach bekanntem Rezept diszipliniert worden. Die „Liva“ ist bisher nicht zur Entstehung gelangt; ihre Eintragung in das Handelsregister ist vom Amtsgericht Leipzig abgelehnt worden. Dieserhalb und wegen der divergierenden politischen Ansichten zwischen Herrn Paul und der Zentrale der kommunistischen Partei ist eine Verschmelzung der Verlagsanstalten, wie beabsichtigt, undurchführbar. Der von der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands beabsichtigten Vernichtung seiner Existenz wird Herr Paul mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen. Jedenfalls ist auch heute noch Herr Paul der alleinige Inhaber des Verlages A. Seehof u. Co. und der von ihm betriebenen Buchhandlung in der Neuen Schönhauser Straße 9.

Großfeuer in Schöneberg. Zur Bekämpfung eines großen Fabrikbrandes wurde gestern vormittag gegen 10 Uhr die Schöneberger Feuerwehr nach der Hauptstraße 26 alarmiert. In dem vierstöckigen Gebäude sind mehrere Maschinenfabriken, eine Wäscherei und eine chemische Fabrik mit Farbherstellung untergebracht.

Das Feuer war ansehnend im zweiten Stock in der chemischen Fabrik von Voigt ausgebrochen und hatte sich von hier aus nach dem ersten und dritten Stockwerk ausbreitet, die beide von dem Brande stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Der Wehr gelang es nach rechtzeitiger, bereits beschleunigter Bekämpfung mit Benzol und Terpentin aus dem Bereich des Feuers zu bringen und damit größeres Unheil abzuwenden. Durch den Brand war auch einige Zeit hindurch das benachbarte Fernsprekamt Stephan bedroht. Die Gefahr konnte jedoch durch das energische Vorgehen der Feuerwehr bald beseitigt werden. Die Feuerwehren von Groß-Berlin hatten gestern überhaupt tüchtig zu tun. In 58 Fällen wurden sie alarmiert. Zum Teil handelte es sich um Dachstuhlbrände, wie in der Eishofstraße 12 und Schwabische Str. 16, in der Mehrzahl aber um Wasserrohr- und Heizrohrbrände u. a. in der Simonsstraße, sowie um kleinere Keller- und Wohnungsbrände.

Neuangeordnete in Englisch (Abendunterricht) für Genossen und Genossinnen ohne Vorkenntnisse. Anmeldungen am Montag, den 30. Januar, von 8-10 Uhr abends, und Dienstag, den 31. Januar, sowie Mittwoch, den 1. Februar, von 6-8 Uhr abends, in der 24. Gemeindefabrik, hinter der Garnisonkirche (nahe Bahnhof Böse und Neue Friedländerstr.) Zimmer 7, Hof, rechter Seitenflügel. — Sprachschule für Proletariat.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Dienstag, Veränderung, überwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden. Temperatur in Nähe des Gefrierpunktes.

